

Wie wird die antifaschistische Einheitsfront geschaffen?

In einem Arbeiterwohnblock Berlins sind die Nazis eingedrungen. Sie haben sich einen Raum gemietet und dort eine Naziflagge aufgemacht. Mehrere Arbeiter, Funktionäre der kommunistischen Partei, revolutionärer Massenorganisationen und des Reichsbanners wurden schon überfallen. Aber nichts geschah dagegen.

Es kommt zu einer Aussprache zwischen dem Abteilungsführer des Reichsbanners und seinem Zellenleiter: „Du, ich schlage vor, daß wir einen gemeinsamen Abwehranschluß gegen die Nazis bilden.“

Unser Genosse darauf: „Einverstanden. Aber wie stellt du dir diesen Anschluß vor? Wieviel Mitglieder soll er haben? Es ist doch außerdem selbstverständlich, daß wir den Vorsitzenden stellen. Denn wir sind hier im Bezirk stärker als ihr. Außerdem haben unsere Kameraden nach den bisherigen Erfahrungen zur „Eisernen Front“ gar kein Vertrauen.“

Der Reichsbannerfunktionär läßt sich auf eine große Diskussion über diese organisatorischen Fragen ein, es kommt zum Beschluß, wer den Vorsitzenden stellen soll. Die Unterredung endet ohne Ergebnis.

Zweifellos hat der Genosse, der dieses Gespräch führte, die richtige Erkenntnis, daß selbstverständlich eine wirklich kämpfende rote Einheitsfront der Arbeiterklasse nur unter kommunistischer Führung stehen kann. Nur wenn Kommunisten die Führung haben, können die einheitlichen Kämpfe der Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg geführt werden.

Die entscheidende Frage ist nur die: Wie bekommen wir Kommunisten die Führung der roten Einheitsfront? Das es so nicht geht, wie wir es in dem vorstehenden Gespräch geschildert haben, sieht jeder ein. Aber wie macht man es besser? Auch dafür ein praktisches Beispiel.

Von einer Abteilung des Reichsbanners und einer Kampfbrigade wird eine gemeinsame Mitgliederversammlung einberufen. Grund hierzu sind die ständigen Überfälle von Nazis auf Arbeiter in dem betreffenden Gebiet. Die Reichsbannerführung wollte Abmachungen nur von Leitung zu Leitung. Das lehnten unsere Genossen ab und verlangten eine offene Aussprache vor den Mitgliedern. Die Reichsbannerleitung mußte nachgeben.

In der Versammlung spricht zuerst der Reichsbannerführer, der in einer Zwischmühle steht. Von oben hat man ihm jede Einheitsfront mit den Kommunisten verboten, die Mitglieder drängen darauf. Er sucht sich dadurch aus der Patzsch zu helfen, daß er möglichst allgemein spricht, starke Töne vom „Kampf gegen den Faschismus“ redet, von der „Einheit ohne irgendwelche gegenwärtige Kritik.“ Das müsse während der Aktion unterbleiben, usw. Als er fertig ist, stehen sich alle an: Sie sind genau so glücklich wie vorher.

Dann spricht unser Genosse. Keine großen allgemeinen Redensarten. Aber er macht praktische Vorschläge: gemeinsamer Wahldienst, gemeinsamer Schutz der Arbeiterlokale usw. (Unsere Leser werden verstehen, daß wir aus Notverordnungsgründen nicht alle praktischen Vorschläge hier aufzählen können. Die Red.) Er fordert auf, einen gemeinsamen Kampfausschuß zu wählen, der diese Arbeiten im Kampf gegen den Halentreuheitschismus organisiert, der die einzelnen Kameraden einleitet und alarmiert usw. Die Folge? Zwei Drittel der anwesenden Reichsbannerarbeiter wählen zusammen mit den Kampfbrigadenern unseren Genossen als Vorsitzenden des Kampfausschusses. Vier Mitglieder sitzen im Ausschuß, davon drei Kampfbrigadler und ein unterer Reichsbannerfunktionär, ehrlicher Kämpfer gegen den Faschismus.

Jeder sieht den Unterschied. Die Führung der roten Einheitsfront wird nicht dadurch erreicht, daß wir davon lange reden, sondern daß wir diese Führung praktisch erkämpfen. Wir werden die Arbeiter nicht davon überzeugen, daß eine Partei die Einheitsfront führen muß, wenn wir das nicht durch das praktische Beispiel beweisen. Wenn wir uns selbst klar sind, daß eine proletarische Einheitsfront nur unter kommunistischer Führung siegreich kämpfen kann, dann müssen wir besonders die Worte des Genossen Stalin in die Praxis umsetzen:

„Unter diesen Bedingungen richtige Politik der Partei führen heißt, es verstehen, die Massen von der Richtigkeit der Politik der Partei zu überzeugen, heißt, solche Lösungen aufstellen und durchführen, die die Massen dem Standpunkt der Partei näherbringen und ihnen auf Grund ihrer eigenen Erfahrung das Verständnis für die Richtigkeit der Politik der Partei erleichtern, heißt, die Massen bis zum Niveau des Bewusstseins der Partei zu erheben und sich somit die Unterstützung der Massen, ihre Begeisterung zum entscheidenden Kampfe sichern. Deshalb ist die Methode der Überzeugung die Grundmethode der Führung der Klasse durch die Partei.“

Diese Lehre Stalins auf die jetzigen Aufgaben der deutschen Kommunisten bei der Bildung einer einheitlichen Klassenfront, d. h. bei der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die proletarische Revolution angewandt, heissen: daß wir die Frage der organisatorischen Führung der einheitlichen Klassenaktionen nicht stellen dürfen und können, wenn wir nicht zugleich den Arbeitern den Beweis erbringen, daß die Aktion eben nur unter kommunistischer Führung stehen kann. In 95 von 10 Fällen wird es dann sogar so sein, daß ohne große Ueberredung die Arbeiter von selbst uns die Führung übertragen werden, weil sie in uns die aktivsten und klarsten Kämpfer erkennen.

Diese Klarheit und Kühnheit allerdings ist die Voraussetzung jeder kommunistischen Einheitsfrontpolitik. So richtig es ist, daß die offene Machtübernahme durch Hitler nur durch große Einheitsfrontaktionen verhindert werden kann, so sicher ist es auch, daß diese Aktionen nur ausgelöst werden können, wenn wir Kommunisten ihnen an der Spitze marschieren.

Vorstellen wir es, so zu handeln, dann werden die in partementarischen Illusionen befangenen Massen sehr rasch erkennen, daß am 24. April — wie die schwedische Industrie „DZ“ schrieb — „kein Problem gelöst“ wurde, sondern daß der Krieg aus Eend, Faschismus und Krieg nur ein revolutionärer sein kann, den sich die deutsche Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung erkämpfen muß und wird.

Die Märkische Bank Robert Gansow & Söhne in Rönigsberg, Neumarkt, hat ihre Zahlungen eingestellt. Viele kleine Sparer sind betroffen. Die Bank hat bereits jetzt erklärt, daß rund die Hälfte, genau 45 Prozent, der Einlagen verloren sind.

1. Mai in München verboten!

SPD. ebnet dem Verbot den Weg — Die Antwort auf den Wahlsieg der KPD. in Bayern

München, 27. April. (Eig. Bericht.) Von der Münchener Polizeidirektion wurden sämtliche von der kommunistischen Partei geplante Demonstrationen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Die SPD. hat diesem Verbot den Weg geebnet dadurch, daß sie bereits vor Wochen das städtische Dante-Stadion für ihre Maiveranstaltung mietete.

Sinweg mit allen Verboten der Maiführer marsche! Dieser Ruf muß millionenfach durch Deutschland hallen. Bei diesen Verboten macht es keinen Unterschied, ob ein SPD. oder ein Naziminister am Ruder ist. Die SPD.-Minister in Anhalt haben den 1. Mai genau so verboten wie Nazi-Klages in Braunschweig. Das Verbot in München, wo die reaktionäre bayerische Volkspartei seit Jahren mit Hilfe der SPD. regiert, ist die Antwort auf den großen Vormarsch der KPD. bei den letzten Wahlen. Aber das Verbot wird unseren Vormarsch nicht aufhalten.

Auch dies Verbot wird dazu beitragen, den Kampf der Arbeiter in ganz Deutschland um die uneingeschränkte proletarische Demonstrationstfreiheit zu verstärken. Nehmt in allen Betrieben und Stempelstellen zu den Kampfauf-

märschen am 1. Mai Stellung! Kämpft überall für die Aufgabe des 1. Mai! Demonstriert am 1. Mai nicht mit der Partei der Halverbote, sondern unter den Fahnen des Kommunismus!

Nazis, die Schänder des 1. Mai

Die Berliner Nazis hatten, wie jetzt bekannt wird, beantragt, für eine „Maifeier“ den Lustgarten freizugeben. Da aber im Lustgarten die Matlungsborg der KPD. und die Maifeier der SPD. stattfinden, sollten die Nazis einen anderen Platz zugewiesen erhalten. Daraufhin haben die Goebbels und Co. ihren provokierenden Aufmarsch zur Schändung des 1. Mai aufgegeben.

In Braunschweig dagegen hat der Naziminister Klages den 1. Mai-Aufmarsch verboten. Mit Begeisterung wird das vom „Angriff“ verkündet. Wir wissen aus der Geschichte: die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in Braunschweig sind schon mit ganz anderen Deuten fertig geworden, die ebenfalls den Kampfaufmarsch am 1. Mai unterbinden wollten.

Freigewerkschaftliche Möbeltransportfunktionäre beschließen Streit gegen jeden Biennig Lohnabbau

Sozialdemokratische Arbeiter für Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnabbau

Die Unternehmer im Möbeltransportgewerbe haben zum 30. April den Tarif gekündigt. Gegenwärtig finden Tarifverhandlungen zwischen den Unternehmern und dem reformistischen Gesamtverband statt. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungsresultate zufrieden werden, genau wie im Januar, den Möbeltransportarbeitern einen erneuten Lohnabbau schmacht zu machen.

Demgegenüber haben aber die Funktionäre der Möbeltransportgewerbe im Gesamtverband in ihrer Funktionärerversammlung mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sie — ganz gleich, welche Haltung die Verhandlungsergebnisse zeigen — gegen jeden neuen Lohnabbau in den Streik treten werden.

Die Unternehmer fordern Herabsetzung des Lohnes für die Tagelohnarbeiter von 9,80 auf 7,50 Mark, für die festangestellten Arbeiter von 49 Mark wöchentlich auf 44 Mark. Alle übrigen Positionen des Tarifs sollen bis zu 50 Prozent abgebaut werden. In der Funktionärerversammlung am 25. April beschließen die Funktionäre auf Vorschlag der Opposition einstimmig, am 2. Mai den Streik durchzuführen, aber den tariflosen Zustand, der beim Scheitern der Tarifverhandlungen eintreten würde, dazu

benutzen wollen, um betriebweise einen Angriff auf die Löhne durchzuführen.

Selbst sozialdemokratische Funktionäre, die bei den letzten Bewegungen noch gegen die Opposition Stellung nahmen, haben erkannt, daß nur die ständige Abwägung aller Bewegungen durch die Gewerkschaftsbürokratie die Unternehmer zu teilen unerschämten Forderungen erzwungen konnte. So erklärte ein sozialdemokratischer Kollege: „Jetzt habe ich die Nase voll von dem ständigen Lohnabbau. Ich sehe ein, daß wir über die Köpfe unserer Führer hinweg die Einheitsfront zum Kampfe schließen müssen.“

Während der „Vormärts“ versucht, das Einheitsfrontangebot der KPD. und der RSD. an die sozialdemokratischen Arbeiter mit häßlichen Glossen abzutun, beweist dieser Anspruch eines einfachen sozialdemokratischen Betriebsfunktionärs, beweist diese Stellungnahme von Gewerkschaftsfunktionären, daß die sozialdemokratischen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Bedeutung der roten Einheitsfront begreifen. In alle Köpfe gibt es die Erkenntnis einzuhämmern: Die Schließung der roten Einheitsfront in den Betrieben und Stempelstellen wird jedem Lohn- und Unterhaltungsabbau ein Ende bereiten!

„Die SA. ist aufgelöst. Ihre Waffen aber hat sie behalten“

Wo ist diese Wahrheit, die jeder Arbeiter kennt, zu lesen? Im Organ des SPD.-Ministers Severing, im „Vorwärts“ vom 27. April. Also muß es doch wohl stimmen.

Was ergibt sich daraus für jeden Arbeiter? Daß er sich nicht auf die papierene „Auflösung“ der SA. durch den SPD.-Minister Severing verlassen darf, sondern daß er gemeinsam mit uns Kommunisten die rote Kampffront gegen den Hitlerfaschismus und seinen Wegbereiter schmieden muß.

Alles auf Kosten der Eisenbahner!

7 Prozent Dividende — Fahrpreidermäßigungen

Die Verwaltung der deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gibt bekannt, daß für das Jahr 1931 7 Prozent Dividende auf die Beteiligungskarte bezahlt werden. Jetzt wissen die Eisenbahner, wieso im letzten Jahr ständige Löhne und Gehälter abgebaut wurden. An die Dividende sicherzustellen, müssen die Eisenbahner hungern.

Gleichzeitig gibt die Reichsbahn bekannt, daß eine Reihe von Verzögerungen im Personenverkehr durchgeführt werden sollen. Die geltenden Zuschläge für Eile- und Schnellzüge werden auf die Hälfte des bisherigen Zuschlages herabgesetzt. Für Sommerurlauberfahrten bei einer Entfernung von mindestens 200 Kilometern werden 20 Prozent Ermäßigung gewährt. Auch für Gemeinschaftsfahrten von Jugendverbänden wird die Ermäßigung vergrößert. Die Monatskarten 2. und 3. Klasse mit Güterbeförderung werden ebenfalls verbilligt, dagegen bleibt der Preis für die Monatskarten 3. Klasse, d. h. also für alle Arbeitermonatskarten, der alte.

„Arbeiterzeitung“ Bremen von Severing-Polizei beschlagnahmt

Bremen, 27. April. Die Nummer 84 der „Arbeiterzeitung“, Bremen, wurde in Wilhelmshaven von der Severingpolizei beschlagnahmt. Als „Grund“ wurde die Ankündigung einer Notversammlung angegeben, die einen Lohnabbau durch die Einführung des Sechsstundentages vorsieht. Als weitere Begründung wurde eine Mitteilung genannt, aus der hervorgeht, daß der Regierungspräsident Berghaus in Aurich, ein Beamter Severings, der Ortsgruppe Bremen der KPD, die Genehmigung zur Maidemonstration unter Hinweis auf das Demonstrationsverbot Severings unterlagert hat!

Polizeiaktion gegen badische KPD-Funktionäre

Karlsruhe, 27. April. Am 25. April wurde gegen die Funktionäre der KPD. und RSD. in Lörrach (Baden) und im Wiesental eine große Polizeiaktion durchgeführt. Meist in Lörrach wurden bei nahezu 80 Funktionären Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das Büro der KPD. in Lörrach wurde vier Stunden lang durchsucht. Ausgangspunkt waren die Kriminalbeamten der Polizei des Sozialdemokraten Maier zusammengekommen.

Die Aktion richtete sich gegen die Textilarbeiter in der Gegend von Lörrach, die zum Kampf gegen eine geplante Lohnabbauoffensive der Textilbarone rufen.

Auf der gleichen Linie bewegt sich ein Artikel der amtlichen „Karlsruher Zeitung“. In diesem Heftaufsatz wird der Kampf um die Lebensinteressen der Textilarbeiter als ein „Mittel“ bezeichnet, um Propaganda für die KPD. und die RSD. zu betreiben. Angesichts dieser Höhe und der Polizeiaktionen gegen die KPD. und die RSD. haben die badischen Textilarbeiter beschlossen, nun erst recht den Kampf gegen jeden Biennig Lohnabbau zu organisieren.

Berichtigte Wahlziffern

Bei unseren Vergleichszahlen zum Ergebnis der preussischen Landtagswahlen ist uns infolgedessen ein Fehler unterlaufen, als wir bei den Vergleichszahlen die Ziffern für die gesamten Reichstagswahlkreise angegeben haben, während in einem Reihe von Reichstagswahlkreisen jetzt nur teilweise gewählt wurde, da einzelne Länder keine Wahlen hatten und nur die Wähler in den preussischen Teilen der Wahlkreise an die Urne gingen. Es handelt sich hierbei um folgende Kreise:

Wahlkreis Magdeburg: Landtagswahl 1932: 71 411 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden in dem Teil des Wahlkreises, der jetzt abstimmt, im 1. Wahlgang 82 593, im 2. Wahlgang 82 268 Stimmen für Thälmann abgegeben.

Wahlkreis Welfer-Em: Landtagswahl 1932: 18 368 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden in dem Teil des Wahlkreises, in dem jetzt gewählt wurde, im 1. Wahlgang 23 761 und im 2. Wahlgang 15 929 Stimmen für Thälmann abgegeben.

Wahlkreis Süd-Hannover: Landtagswahl 1932: 80 064 Stimmen. In dem Teil des Wahlkreises, in dem jetzt gewählt wurde, erhielt bei der Reichspräsidentenwahl Genosse Thälmann im 1. Wahlgang 80 063, im 2. Wahlgang 42 858 Stimmen.

Wahlkreis Westfalen-Nord: Landtagswahl 1932: 131 897 Stimmen. Bei den Präsidentenwahlen wurden wir in dem entsprechenden Teil des Wahlkreises beim 1. Wahlgang 162 738, beim 2. Wahlgang 114 172 Stimmen.

Aus all diesen Resultaten ergibt sich, daß das Stimmenverhältnis gegenüber dem 3. Präsidentenwahlgang sich noch günstiger stellt, als nach den ursprünglich mitgeteilten Zahlen angenommen werden konnte.

Nun
Ein
In
C
nehm
bestät
Schul
mand
Wille
dem
klein
und b
Schw
R
Nazis
Grze
3
Lottie
achter
nisten
am P
Gerich
D
Pletic
in der
anhef
schw
zumite
W
Hilf
Lam e
gehört
stretet
und h
anwak
Sorgen
behrä
eine P
D
des G
vor d
plögl
macht
beeinfl
W
weifun
Dahm
Sie
ket
den
Schul
ein St
N
an un
Kleinf
geickt
fingen
sich zu
Jeder
zu viel
Ta
des Ju
hörsst
heit un
gelicst
teilen,
sozial
revolut
An
Ittliche
Arbeits
fiele,
Die
Sie ver
Terror
Helfern
Rei
des Ber
Sejang
Um
Der
mit der
KPD. i
feittgen
Koma
Junge
Arbei
Am
19.3
Ma
Red